
SJD / Motion SVP-Fraktion / FDP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion vom 10. März 2025

Anpassung der Zuständigkeiten für Verkehrsanordnungen und Signalisationen

Antrag der Regierung vom 13. Mai 2025

Nichteintreten.

Begründung:

Im Zusammenhang mit dem Wirksamkeitsbericht 2024 zum Finanzausgleich (40.24.02) hat sich der Kantonsrat für eine befristete Erhöhung des Sonderlastenausgleichs zugunsten der Stadt St.Gallen ausgesprochen, verbunden mit dem Auftrag, dass eine vertiefte Synergienutzung zwischen Kantons- und Stadtpolizei geprüft werde. Aktuell laufen entsprechende intensive Gespräche zwischen Stadt- und Kantonsbehörden mit dem Ziel, ein Projekt betreffend die engere Zusammenarbeit von Stadt- und Kantonspolizei aufzugleisen. Dort sollen das effektive Potenzial bezüglich Zusammenarbeit der zwei Polizeikorps ausgelotet und Grundlagen für die Entscheidungsfindung durch Stadt und Kanton bereitgestellt werden.

Bei dieser Sachlage erscheint die verlangte Anpassung der Einführungsverordnung zum eidgenössischen Strassenverkehrsgesetz (sGS 711.1) unangebracht, weil die besondere Stellung der Stadt St.Gallen mit Blick auf Verkehrsanordnungen und Signalisationen in engem Zusammenhang mit den Zuständigkeiten der Stadtpolizei steht. Es sollte das Projekt betreffend die engere Zusammenarbeit von Stadt- und Kantonspolizei abgewartet werden.